

JOCHEN WEICHOLD

Der Verlust der Hoffnungsperspektiven

POLITIK-KONZEPTE DER GRÜNEN MIT DEM BLICK AUF DIE BUNDESTAGSWAHL

Die schwerste Wahlniederlage in ihrer Geschichte mussten *Die Grünen* bei der Bundestagswahl im Dezember 1990 einstecken. Mit 4,8 Prozent der Stimmen scheiterte die Öko-Partei auf dem westlichen Wahlgebiet knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. *Die Grünen* hatten das alles beherrschende Thema deutsche Einheit unterschätzt und statt dessen die drohende Klimakatastrophe in apokalyptischen Tönen thematisiert. Nur zur Erinnerung: Auch die SPD erlitt damals eine Wahlschlappe und verbuchte mit 33,5 Prozent der Stimmen ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1957. Ihr Spitzenkandidat, der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine, hatte – in der Sache zu Recht – im Wahlkampf und zuvor wiederholt auf die hohen Kosten einer schnellen Einigung Deutschlands hingewiesen, die keineswegs – wie die Unionsparteien suggerierten – aus der Portokasse zu bezahlen seien, sondern große Belastungen für die arbeitende Bevölkerung mit sich bringen würden.

Berlin, Juni 2005

»Kassandra hat Recht, aber Kassandra ist nicht attraktiv«, sagte kürzlich der Diplom-Soziologe Bernd Schoppe rückblickend auf jene Ereignisse. Schoppe, 1990 zuständig für Wahlforschung in der Abteilung Politik des SPD-Parteivorstandes, meinte, die Wähler hätten sich für jene Parteien entschieden, die eine Hoffnungsperspektive angeboten hätten. Wer nur die Schwierigkeiten und Gefahren thematisiere, stoße über kurz oder lang bei den Wählern auf taube Ohren; die Menschen wollen und können es nicht mehr hören. Deshalb müsse eine politische Partei, wenn sie denn bei Wahlen Erfolg haben wolle, glaubwürdige Kassandra-Töne mit einer Hoffnungsperspektive verbinden.¹

Die Grünen haben aus ihrer Wahlniederlage 1990 Lehren gezogen und ein Gespür dafür entwickelt, was sie ihren Wählern an schlechten Botschaften zumuten können. Sie haben – nach vielen Irritationen für ihre Mitglieder und Wähler in den ersten Jahren grüner Regierungsbeteiligung auf Bundesebene – nicht nur realistisch erscheinende Konzepte für die Zukunft entwickelt, sondern es auch verstanden, ihren Anhängern die kleinen Schritte praktischer Regierungspolitik als erfolgreichen Beginn der Umsetzung dieser Zukunftskonzepte zu verkaufen.

In ihrem neuen Grundsatzprogramm vom März 2002, das sich nicht nur wie ein Regierungsprogramm für die nächsten zwanzig Jahre las, sondern auch so verstanden werden sollte, haben *Die Grünen* ihre langfristigen Politik-Konzepte gebündelt und Zukunftsperspektiven aufgezeigt. In diesem Grundsatzprogramm, aus dem *Die Grünen* bereits ihre Wahlprogramme zur Bundestagswahl im September 2002 und zur Europawahl im Juni 2004 abgeleitet haben, wurden zwölf Schlüsselprojekte definiert, mit denen die Partei »der Modernisierung eine grüne Richtung geben« wollte² und die

1 Bernd Schoppe auf der Veranstaltung »Wer die Wahl hat, hat die Qual? Wahlen in Deutschland seit 1990. Eine Veranstaltung zum 15. Jahrestag der DDR-Volkskammerwahlen am 18. März 1990« am 18. März 2005 in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Berlin (Veranstalter: Stiftung Aufarbeitung, Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, Forschungsgruppe Wahlen e.V., Berliner Zeitung).

2 Dazu heißt es am Schluss der Präambel: »Mit dem Aufbruch ins Solarzeitalter thematisieren wir die grüne Energiepolitik als Antwort auf die ökologische Herausforderung. Ökologisch mobil setzt grüne Ziele für eine nachhaltige Mobilität. Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher benennt grüne Prioritäten zur Erneuerung der Marktwirtschaft. Neue Landwirtschaft heißt die Perspektive für einen neuen Interessenausgleich zwischen Bauern und Verbrauchern im Sinne nachhaltiger Entwicklung. Das Projekt Gesamtdeutsche Zukunft entwickelt grüne Perspektiven für Ostdeutschland. Das Konzept der Grundsicherung benennt unsere Perspektive für eine neue Grundlage

zugleich das umwelt- und sozialpolitische Reformprofil der Partei schärfen sollten. Die wichtigsten dieser Schlüsselprojekte als Teil einer langfristig angelegten Reformstrategie sollen im Folgenden näher beleuchtet werden.

Mit dem »**Aufbruch ins Solarzeitalter**« thematisierte die Partei die grüne Energiepolitik als Antwort auf die ökologische Herausforderung. Innerhalb weniger Jahrzehnte müsse der Übergang vom fossilen zum solaren Zeitalter vollzogen werden. Im Vergleich zu 1990 sei der CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um 80 Prozent zu reduzieren. Die Energieeffizienz müsse drastisch erhöht und der Ressourcenverbrauch ebenso gesenkt werden. Mittelfristiges Ziel sei die Vervierfachung der Ressourcenproduktivität; langfristig sei eine Steigerung um den Faktor zehn möglich und notwendig. Im Kern wird von den *Grünen* damit ein anderes Modell des Wirtschaftens favorisiert.

Mit ersten Schritten der *Grünen* in Regierungsverantwortung sei die Energiewende bereits eingeleitet worden. *Die Grünen* wollen vor allen Dingen die marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für solare Technologien ihrem volkswirtschaftlichen Stellenwert anpassen, »also technische Normen für den Energieverbrauch von Gebäuden, Produkten und Dienstleistungen weiterentwickeln und die ökologische Steuer- und Finanzreform fortführen«. Das von den *Grünen* verfolgte Konzept der Energiewende setzt also auf einen Mix aus ordnungspolitischen und marktwirtschaftlichen Steuerungsinstrumenten.

Das Schlüsselprojekt »**Gesamtdeutsche Zukunft**« hat vor allem Ostdeutschland im Blick. Die Zukunft Ostdeutschlands, so *Die Grünen*, dürfe nicht allein aus dem Blickwinkel der nachholenden Entwicklung diskutiert werden. Die Öko-Partei will für Ostdeutschland eine Entwicklung fördern, die nicht in der Kopie dessen besteht, was in Westdeutschland unter völlig anderen Bedingungen erfolgreich war und jetzt selbst reformbedürftig sei. Bei der Suche nach neuen, zukunftstauglichen Entwicklungswegen gelte es, wirtschaftliche und ökologische Innovation miteinander zu verknüpfen.

sozialer Sicherheit. Das Projekt *Kindergerechtes Leben* macht Generationengerechtigkeit praktisch. *Wissenszugang als Bürgerrecht* ist die zentrale bildungspolitische Herausforderung, die vor uns liegt. *Frauen an die Macht* dreht sich zentral um gleiche Chancen für beide Geschlechter zur Definition und Ausgestaltung gesellschaftlicher Entwicklung. Die *Einwanderungsgesellschaft* sehen wir als die Chance zur Entwicklung einer weltoffenen, multikulturellen Demokratie. Das *Europa der Bürgerinnen und Bürger* stellt bei der europäischen Integration die Demokratie in den Mittelpunkt. *Fairer Welthandel und internationale Standards* sind zentrale Anliegen im Rahmen unseres Engagements für Internationale Gerechtigkeit." (Bündnis 90/Die Grünen: Die Zukunft ist grün. Grundsatzprogramm von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Berlin, April 2002, S. 22/23.)

Die Grünen setzen darauf, die regionalen Fähigkeiten und Besonderheiten zur Grundlage einer eigenständigen Entwicklung in Ostdeutschland zu machen, und wollen dort »Wissens-, Bildungs- und Forschungsregionen« aufbauen. Vor dem Hintergrund der grundlegenden Veränderungen, die die »Wissengesellschaft« mit sich bringe, sehen sie im Ausbau einer leistungsfähigen wissenschaftlichen Infrastruktur die Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und damit für die Schaffung und den Erhalt von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen.

Das Schlüsselprojekt »**Grundsicherung**« greift einen alten Gedanken der *Grünen* wieder auf, gerät aber in seiner Umsetzung zunehmend zu einem neoliberalen Projekt. Im Grundsatzprogramm wurde erklärt, dass die veränderte Arbeitswelt von heute eine zunehmende Bereitschaft zu Flexibilität und Mobilität erfordere. Diese könne jedoch von den Menschen nur erwartet werden, wenn sie gleichzeitig vor Armut geschützt und abgesichert seien. Die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung würde sicherstellen, dass Menschen unbürokratische Hilfe bei Armut, bei Arbeitslosigkeit, in anderen Notlagen oder beim Wechsel zwischen unterschiedlichen Arbeitsformen und Weiterbildung bekommen könnten.

Die Leistungen nach dieser steuerfinanzierten Grundsicherung müssten den gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst, nach einem festen System (Statistikmodell) neu bemessen werden und auch berücksichtigen, was Menschen brauchten, um am kulturellen und politischen Leben teilzunehmen. »Die Grundsicherung ersetzt die Sozial- und Arbeitslosenhilfe – sie zu bekommen ist ein Recht und kein Almosen. Eine schlichte Umwandlung der Arbeitslosenhilfe in Sozialhilfe zur Durchsetzung weiterer Kürzungen der Unterhaltsleistungen für Arbeitslose lehnen wir ab«, hieß es im Grundsatzprogramm der *Grünen* von 2002.

Trotz dieser eindeutigen Programm-Aussage haben *Die Grünen* im Zuge der »Hartz-Reformen« der Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe zugestimmt und damit die Voraussetzungen nicht für die Verhinderung von Armut, sondern für das Entstehen neuer Armut geschaffen. Auch von der im Grundsatzprogramm für notwendig gehaltenen »verstärkten Heranziehung von Einkommen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit« zur Finanzierung der Solidargemeinschaft ist in der politischen Praxis der *Grünen* nichts übrig geblieben.

Das hat *Die Grünen* jedoch nicht daran gehindert, auf ihrem Parteitag in Kiel im Oktober 2004 diese Art der Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe mit dem Verweis auf die Unionsparteien, die noch deutlich schlechtere Regelungen favorisiert hatten, als Erfolg zu feiern. Gleichzeitig versprachen *Die Grünen*, sich für eine »vorurteilsfreie Diskussion über Weiterentwicklun-

gen und Verbesserungen der Arbeitsmarktreformen« einzusetzen: »Die leistungsrechtlichen Regelungen und arbeitsmarktpolitischen Instrumente müssen so fortentwickelt werden, dass sie unserem Konzept einer Grundversicherung entsprechen, die »Fördern und Fordern« mit dem Grundsatz der Selbstbestimmung verbindet.«

Das Schlüsselprojekt »**Einwanderungsgesellschaft**« geht von der Prämisse aus, dass die Bundesrepublik Deutschland ein Einwanderungsland ist und dass die Gestaltung von Einwanderung zu den zentralen politischen Fragen der nächsten Jahre gehört. *Die Grünen* lehnen in diesem Kontext eine Festung Europa ab und konstatieren, dass der Schlüssel für eine moderne, welt-offene und gleichzeitig wertorientierte Flüchtlings- und Migrationspolitik nicht mehr auf nationaler Ebene liege, sondern in Europa gefunden werden müsse. Dies gelte sowohl für eine zukunftsfähige Integrationspolitik, die durch eine aktive Anti-Diskriminierungsgesetzgebung zu flankieren sei, wie für eine Asylpolitik, die auf der uneingeschränkten und allumfassenden Gültigkeit der Genfer Flüchtlingskonvention aufbauen und die Anerkennung von geschlechtsspezifischer und nicht-staatlicher Verfolgung und von Verfolgung wegen Diskriminierung sexueller Identität als Schutzgründe einschließen müsse.

Kernanliegen grüner Politik sei die Integration von Migrantinnen und Migranten in das gesellschaftliche und politische Leben. Eine multikulturelle Gesellschaft habe eine positive Dimension, weil sie die selbstverständliche kulturelle Freiheit jedes einzelnen bekräftigt, eine Differenzierung zulässt und sich abgrenzt – beispielsweise von der Idee einer deutschen Leitkultur, die zu Assimilation und Unterordnung verpflichten will. »Kulturelle Vielfalt und interkultureller Austausch sind Zeichen der Vitalität einer Gesellschaft.« Nach Auffassung der *Grünen* gehören zur gesellschaftlichen Perspektive einer pluralistischen, multikulturellen Einwanderungsgesellschaft im Sinne einer »Multikulturellen Demokratie« auch gemeinsame Zielvorgaben für das Zusammenleben, insbesondere die zentralen Werte der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der europäischen Verfassungstradition und des Grundgesetzes: Demokratie, Gleichheit aller Menschen und Gleichheit der Geschlechter.

Hinsichtlich des Schlüsselprojektes »**Wissenszugang als Bürgerrecht**« erklären *Die Grünen*, dass in einer Gesellschaft, in der Bildung und Wissen zu entscheidenden Faktoren für beruflichen Erfolg und soziale Teilhabe werden, der Zugang zu Wissen ins Zentrum der sozialen Frage rücke. Es müsse verhindert werden, dass die Gesellschaft entlang einer neuen »digitalen Kluft« geteilt werde, die die modernen »Wissensarbeiter« von denjenigen trenne, die keinen Zugang zu anspruchsvoller Bildung und neuen Technologien hät-

ten. Daher müsse der Staat über die allgemeine Schulpflicht hinaus den Zugang zum Wissen unserer Zeit für alle Bürgerinnen und Bürger des Landes ermöglichen.

Genüsslich werden *Die Grünen* im Wahlkampf auf den politischen Gegner zur Rechten verweisen, der im Gegensatz zu den bildungspolitischen Vorstellungen der Öko-Partei ganz offenbar den Zugang zu Bildung einschränken will, wie dies jüngst die baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan (CDU) ankündigte: Im Falle eines Wahlsieges 2006 wolle die Union das Bafög, mit dem Kindern aus einkommensschwachen Familien vom Bund ein Studium ermöglicht wird, abschaffen und damit faktisch nur noch Kindern begüterter Schichten ein Studium ermöglichen.³

Mit dem Schlüsselprojekt »**Europa der Bürgerinnen und Bürger**« wollen *Die Grünen* die Entstehung einer europäischen Zivilgesellschaft befördern, in der nicht nur die mächtigen Interessen vernetzt sind, sondern auch Verbraucherinteressen, soziale und ökologische Belange. Die europäischen Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Bürgerinitiativen müssten als Gesprächspartner im politischen Prozess der Gemeinschaft eine eben so große Rolle spielen, wie es die Lobbyisten der Wirtschaftsverbände heute schon tun würden. »Wir wollen solche europäischen Interessenverbände durch Einbeziehung in den politischen Dialog weiter stärken und ihre Entstehung fördern«, versprochen *Die Grünen* in ihrem Grundsatzprogramm. Eine zentrale Rolle bei der Schaffung einer europäischen Zivilgesellschaft maßen *Die Grünen* in ihrem Grundsatzprogramm von 2002 einer juristisch bindenden und damit einklagbaren Grundrechtscharta »als Kern des europäischen Verfassungsprozesses« bei. Diese Charta müsse offen sein für eine Weiterentwicklung der Ziele der Europäischen Union (EU) zu sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechten sowie dem Recht auf eine gesunde Umwelt. Gemeinsame Werte und gemeinsame Grundrechte würden die Basis für eine europäische Öffentlichkeit bilden, »in der der Streit um die Fortentwicklung der Integration produktiv ausgetragen werden kann«.

Obwohl diese europapolitischen Visionen mit dem Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents nicht annähernd Realität wurden, bekannten sich *Die Grünen* auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz in Dresden im November 2003 ausdrücklich zur neuen Verfassung der Europäischen Union. Der Verfassungsentwurf bedeute einen »erheblichen Fortschritt für die europäische Inte-

3 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 6. April 2005. – Angesichts der Proteste – auch aus den Reihen der CDU selbst – ruderte Parteichefin Angela Merkel öffentlich umgehend zurück: Es gebe keine Pläne, die Studentenförderung Bafög abzuschaffen. Vgl. Frankfurter Rundschau, Frankfurt am Main, 8. April 2005.

gration«. Viele grüne Forderungen nach mehr Demokratie, Bürgernähe und Transparenz seien erfüllt, andere jedoch offen geblieben: »Wo die Verfassungsreform zu kurz sprang, werden BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zusammen mit unseren europäischen Partnerorganisationen weiter auf Veränderungen drängen«, hieß es in dem in Dresden beschlossenen Europawahlprogramm 2004.

Welche Themen werden *Die Grünen* im Wahlkampf 2005 voraussichtlich zu (be)setzen versuchen?

Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass *Die Grünen* versuchen werden, ihre Kompetenz auf jenen Politikfeldern unter Beweis zu stellen, auf denen sie Bundesministerien leiten, und dass sie bemüht sein werden, ihre Erfolge auf diesen Feldern gegenüber den politischen Konkurrenten auszuspielen.

Das betrifft

– das Feld der **Ökologie** – insbesondere in seiner Verknüpfung mit nachhaltigem Wirtschaften und damit mit der Wirtschaftspolitik. Diesem Feld lassen sich die Schlüsselprojekte »**Aufbruch ins Solarzeitalter**« und »**Ökologisch mobil**« zuordnen. Bundesumweltminister Jürgen Trittin verweist schon heute immer wieder auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und auf den davon ausgelösten Boom in der Branche der Erneuerbaren Energien, die heute rund 120.000 Menschen Beschäftigung bietet. Als weitere Aktivposten gelten die Regelungen zum Emissionshandel als marktwirtschaftliches Instrument zur CO₂-Reduktion, die Stilllegung des KKW Stade als Einstieg in den Ausstieg aus der Kernenergie-Nutzung und der Gesetzentwurf zum Hochwasserschutz als Reaktion auf die Hochwasser-Katastrophe des Jahres 2002. Trittin kann stolz verkünden, dass die Umweltverbände, von denen ursprünglich nicht wenige dem Emissionshandel kritisch bis ablehnend gegenüberstanden, heute für den Emissionshandel sind.

– das Feld der **Außen- und Europa-Politik**. Diesem Feld lassen sich sowohl die Schlüsselprojekte »**Europa der Bürgerinnen und Bürger**« und »**Fairer Welt-handel und internationale Standards**« als auch das Schlüsselprojekt »**Einwanderungsgesellschaft**« zuordnen. Außenminister Joschka Fischer, der von sich immer behauptet hat, keine grüne, sondern deutsche Außenpolitik zu betreiben, hat zumindest in der so genannten Visa-Affäre doch grüne Außenpolitik gemacht. Zwar hat er durch die Affäre einige Punkte auf der Beliebtheitskala deutscher Politiker eingebüßt, doch dürfte er bei nicht wenigen Anhängern der *Grünen* damit gepunktet haben, im Zweifelsfall für die Reisefreiheit zu entscheiden.⁴ Auch die Zustimmung der grünen Basis zur Änderung der Gedenk-Praxis im Auswärtigen Amt dürfte außer Zweifel stehen.

– das Feld des **Verbraucherschutzes** und der Landwirtschaft. Diesem Feld lassen sich die Schlüsselprojekte »**Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher**« und »**Neue Landwirtschaft**« zuordnen. Mit Renate Künast als Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft verbindet sich die Einleitung einer Neuorientierung der Agrarpolitik hin zu einer »gläsernen Produktion«, einer Stärkung regionaler Strukturen und einer veränderten Tierhaltung und der Unterordnung der Landwirtschaftspolitik unter das Konsumenteninteresse. Renate Künast hebt in diesem Kontext hervor, dass der Ökolandbau in der Bundesrepublik Deutschland bisher 150.000 Arbeitsplätze geschaffen hat, während es nach einer Studie von Ernst & Young im Bereich der grünen Gentechnik gerade einmal 2.000 Jobs gibt. Das umstrittene Gentechnikgesetz (GenTG) vom Dezember 2003 stellt einen politischen Kompromiss dar, der die Grenzen für die Nutzung der Gentechnik nach Ansicht der interessierten Wirtschaft zu eng, nach Auffassung der Umweltverbände zu weit fasst.

Der Führung der *Grünen* ist jedoch schon lange bewusst, dass im Zentrum des Wahlkampfes 2005 das **Dreieck Arbeit – Wirtschaft – Soziales** stehen wird. »Grüne Politik will die Balance von Gerechtigkeit und Erneuerung«, postulierte der Bundesvorsitzende der *Grünen*, Reinhard Bütikofer, im vergangenen Jahr in einem Interview in der Zeitschrift »Wirtschaft & Markt« (3/2004). Dabei sei die Massenerwerbslosigkeit »unser wichtigste Gerechtigkeitsfrage«: »Millionen Menschen sind von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen. Das zu ändern bleibt unsere erste Reformaufgabe.« Gerechtigkeit müsse der Maßstab jeder Politik sein und »damit auch für die Fortsetzung des Erneuerungskurses der Koalition gelten«. Die grüne Parteiführung trug damit zugleich der Tatsache Rechnung, dass den Grünwählern neben der Ökologie-Frage das Thema soziale Gerechtigkeit am wichtigsten war.⁵

Dabei ist zu beachten, dass sich der **grüne Gerechtigkeitsbegriff**, wie er im Grundsatzprogramm der Partei von 2002 entwickelt wurde, substantiell von dem Gerechtigkeitsbegriff der traditionellen Arbeiterbewegung unterscheidet, die Gerechtigkeit im wesentlichen als Verteilungsgerechtigkeit verstanden hatte. *Die Grünen* haben den Begriff der Gerechtigkeit erweitert und

4 Vgl. »Rot-Grün ist ein Auslaufmodell«. Interview mit dem Parteienforscher Peter Lösche. In: WDR 2, Köln, Morgenmagazin, 19.03.2005 (www.wdr.de). – Peter Lösche erklärte in diesem Interview zur Visa-Affäre: »Die schadet den Grünen, wie wir aus Umfragen jetzt sehen, überhaupt nicht, die treten für Weltoffenheit ein. Im Zweifelsfall, wenn kein Visum gegeben werden sollte, für Reisefreiheit.« (Ebenda.)

5 Vgl. Joachim Raschke: Rot-grüne Zwischenbilanz. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bonn, 2004, Nr. B 40, S. 29.

diesem politischen Konzept eine moderne Prägung verliehen.

Zwar bleibe Verteilungsgerechtigkeit auch in Zukunft unverändert von Bedeutung, verlange Gerechtigkeit eine gerechte Verteilung der gesellschaftlichen Güter und erfordere insbesondere eine Parteinahme für die sozial Schwächsten. Aber für *Die Grünen* sei Gerechtigkeit mehr als Verteilungsgerechtigkeit: Bündnisgrüne Politik stehe für Teilhabegerechtigkeit, für Generationengerechtigkeit, für Geschlechtergerechtigkeit und für Internationale Gerechtigkeit. Teilhabegerechtigkeit solle allen Menschen Zugang verschaffen zu den zentralen gesellschaftlichen Ressourcen: Arbeit, Bildung und demokratische Mitbestimmung. Geschlechtergerechtigkeit meine Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern, Generationengerechtigkeit Gerechtigkeit zwischen alt und jung. Der alte grüne Slogan "Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt" sei heute aktueller denn je. Internationale Gerechtigkeit müsse um so mehr gelten, je mehr eine globale Wirtschaft Menschen in aller Welt miteinander verbinde und voneinander abhängig mache. Nachhaltigkeit auf der industrialisierten Nordhalbkugel dürfe nicht zu Lasten der Länder des Südens definiert werden.

Auf dem kleinen Parteitag der *Grünen* am 9. und 10. April 2005 in Gelsenkirchen wurde das Problem der **Massenarbeitslosigkeit** in Deutschland erneut als **Gerechtigkeitsproblem** thematisiert: »Die Arbeitslosigkeit von über fünf Millionen Menschen in Deutschland ist das zentrale Gerechtigkeitsproblem für die deutsche Politik.«

Zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit wurden **neun Leitprojekte** beschlossen, mit denen die Parteitagspitze zugleich gegen das Negativ-Image ankämpfen will, *Die Grünen* würden Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen blockieren: (1) Ökologische Modernisierung, (2) Energie: Wende zu innovativen, umweltschonenden Technologien, (3) Infrastrukturen der Zukunft, (4) Überall mobil: Maßgeschneiderte Mobilitätskonzepte, (5) Öffentliches Wissen – für eine offene Informationsgesellschaft, (6) Innovation braucht alle – Qualifizierung als Schlüsselressource, (7) Nachwachsende Rohstoffe und Biotechnologie, (8) Neue Technologiefelder erschließen, (9) Gesundheit als Wachstumsbranche.

Mit diesen ökologischen und sozialen Leitlinien, die an Schlüsselprojekte des Grundsatzprogramms von 2002 anknüpfen, wenden sich *Die Grünen* dagegen, die Arbeitslosigkeit mit einer »ungehemmten Wachstums- und Technologiepolitik« zu bekämpfen, und grenzen sich damit sowohl von den Vorstellungen des Bundespräsidenten Horst Köhler als auch von Auffassungen von Teilen der SPD ab. Die Öko-Partei setzt vor allem auf die Job-Potentiale, die in ökologischer Modernisie-

rung liegen: in der Energiewende, in Umwelt- und Weißen Biotechnologien und in der Nutzung nachwachsender Rohstoffe. Vor allem die Energiewende bringe wirtschaftliche Dynamik durch ökologische Innovation. Zudem setzen *Die Grünen* auf eine Infrastruktur der Zukunft sowie auf maßgeschneiderte Mobilitätskonzepte, die imstande seien, Verkehrs- und Umweltprobleme zu lösen. »Wirtschaft, Soziales und Ökologie müssen in Einklang entwickelt, nicht gegeneinander ausgespielt werden.«

In Gelsenkirchen fassten *Die Grünen* auch einen Beschluss zur **Steuerpolitik**, der zumindest zum Teil die Unzufriedenheit mit der bisherigen Umverteilungspolitik zugunsten der Großkonzerne, Vermögenden und Besserverdienenden und der damit einhergehenden Belastung vor allem des unteren Drittels der Gesellschaft (durch Hartz IV, durch Zuzahlungen im Gesundheitswesen wie die Praxisgebühr usw.) aufgreift. In diesem Beschluss geht es um folgende Kernpunkte:

Erstens erklären *Die Grünen*, dass es für Steuersenkungen derzeit keinen Spielraum gebe, und erteilen den Forderungen der CDU/CSU-FDP-Opposition nach allgemeiner Steuersenkung für die Wirtschaft und weiterer Entlastung von Spitzeneinkommen zulasten der Durchschnittsverdiener eine »eindeutige Absage«. Bei den nächsten Reformschritten müsse zuerst die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage klar sein, bevor über die Senkung der Steuersätze diskutiert werden könne.

Zweitens plädiert die Öko-Partei für eine Modernisierung der Gewerbesteuer zu einer europatauglichen kommunalen Wirtschaftssteuer mit einer verbreiterten Bemessungsgrundlage. In sie sollen alle unternehmerischen Aktivitäten in einer Kommune, die auf Gewinnerzielung ausgerichtet sind, einbezogen werden (auch die Freien Berufe). Die Bemessungsgrundlage soll sich – offenbar die PDS-Idee der Wertschöpfungsabgabe aufgreifend – »an der betrieblichen Wertschöpfung (ohne die Lohnsumme)« orientieren.

Drittens wollen *Die Grünen* im Rahmen der Erbschaftsteuerreform »sehr große private Erbschaften angemessen höher besteuern« (was immer das konkret heißen mag). Bei der Ausgestaltung der Erbschaftsteuer sei zu berücksichtigen, ob es gelinge, »einen durchsetzungsfähigen Vorschlag für eine verfassungsgemäße Vermögenssteuer zu entwickeln«. Vorschläge zur betrieblichen Erbschaftsteuer müssten Arbeitsplätze sichern. Insgesamt bleibt die Partei in ihren Aussagen zur Erbschafts- und Vermögenssteuer äußerst vage, was darauf hindeutet, dass *Die Grünen* dieses Thema nicht von sich aus im Bundestagswahlkampf 2005 ins Spiel bringen werden.

In den Gerechtigkeits-Kontext ordnet sich auch das grüne Konzept einer **Bürgerversicherung** ein, das die Partei gegen das neoliberale Politik-Konzept einer Kopfpauschale setzt, wie es insbesondere von der CDU

für eine Neuformierung des Gesundheitswesens vorge-
tragen wird. Im Grundsatzprogramm von 2002 erhoben
Die Grünen die Forderung nach einer beitragsversiche-
ren Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung, deren
Basis durch eine Ausweitung auf alle Einkommensarten
verbreitert und die damit zu einer allgemeinen Bürger-
versicherung ausgebaut werden soll. Formen der priva-
ten Vorsorge über kapitalorientierte Modelle und genos-
senschaftliche und Selbsthilfe-Zusammenschlüsse zur
sozialen Vorsorge müssten entsprechend unterstützt
werden. Sie könnten, meinten *Die Grünen*, »das staatliche
Hilfesystem sinnvoll ergänzen«. Nur eine Kombi-
nation aus gesetzlicher Rentenversicherung und privater
Vorsorge könne Beitragsstabilität und gleichzeitig eine
Altersversorgung gewährleisten, die den Lebensstan-
dard sichert. An der beitragsfinanzierten Arbeitslosen-
versicherung wurde allerdings festgehalten.

Hinsichtlich der Gesundheitspolitik erklärten *Die Grü-
nen* in ihrem Grundsatzprogramm, jedem Versuch ent-
gegentreten zu wollen, »für die gesundheitliche Versor-
gung der Bevölkerung notwendige Leistungen aus der
solidarischen Finanzierung auszugliedern«. Bestehende
Versorgungsstrukturen sollen vielmehr weiterentwickelt
und Versorgungslücken geschlossen werden. Neben
kurzfristigen Maßnahmen einer Steuerfinanzierung ein-
zelner Leistungen der gesetzlichen Krankenversiche-
rung soll über den sukzessiven Abbau von Sonderre-
gelungen für Beamte, Selbständige (Einbeziehung in die
Versicherungspflicht) und Besserverdienende (Wegfall
der Versicherungspflichtgrenzen) der Weg zu einer Ver-
sicherung aller Bürgerinnen und Bürger eingeschlagen
werden.

* * *

Zusammenfassend kann man mit dem Blick auf den
Bundestagswahlkampf 2005 prognostizieren, dass *Die
Grünen* vor allem (a) die Leistungen ihrer drei Bundes-
minister herausstellen werden – insbesondere auf dem
Feld des Umweltschutzes, dem (nach wie vor einzigen)
Feld, auf dem der Partei in der Bevölkerung eine her-
ausragende Kompetenz zuerkannt wird. (b) *Die Grünen*
werden ihr Kernthema Ökologie mit Arbeitsmarkt- und
Wirtschaftspolitik verknüpfen und zu verdeutlichen ver-
suchen, dass die Arbeitsplatzpotentiale der Zukunft in
einer ökologischen Modernisierung der Wirtschaft lie-
gen (Energiewende, Umwelt- und Biotechnologien,
Nutzung nachwachsender Rohstoffe). (c) *Die Grünen*
werden – nicht zuletzt unter dem Aspekt eines moder-
nen Gerechtigkeitsbegriffs – das solidarische Konzept
einer Bürgerversicherung gegen das neoliberale Kopf-
pauschalen-Modell der Unionsparteien favorisieren.
Die Öko-Partei will damit ihrer Anhängerschaft ein kla-
res, identifizierbares Profil bieten. Und sie ist sichtlich

bemüht, auf die *Erkennbarkeit der Richtung* ihrer
Reformarbeit zu achten, mögen die einzelnen erreichten
und erreichbaren Schritte noch so klein seien. Obwohl
sich einerseits ein Lagerwahlkampf abzeichnet, ist
andererseits damit zu rechnen, dass – wie schon im
Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen zu beob-
achten war – sowohl SPD als auch *Grüne* versuchen
werden, ihre politischen Konturen gegenüber dem Part-
ner zu schärfen und sich partiell von ihm abzusetzen.
Ob *Die Grünen* schließlich das Thema Frieden mit dem
Verweis auf die Nicht-Beteiligung am Irak-Krieg der
USA für sich positiv besetzen werden oder besetzen
können, hängt in starkem Maße von der weiteren Welt-
entwicklung ab (Nahe Osten, Iran, Korea) und ist zum
gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorhersehbar.

Insgesamt scheinen die konzeptionellen Vorstellungen
der *Grünen* und ihr Politik-Management zu tragen.
Trotz Visa-Affaire und illegalen Honoraren behauptet
sich die Öko-Partei seit der Bundestagswahl 2002, als
sie 8,6 Prozent der Zweitstimmen erzielte, bei der so
genannten Sonntags-Frage auf hohem Niveau zwischen
neun und zwölf Prozent der Stimmen. Als Juniorpartner
in der Bundesregierung sind *Die Grünen* (bisher) nicht
vom Niedergang der SPD betroffen, dürften jedoch
nach der nächsten Bundestagswahl trotz guten Ab-
schneidens ohne den Seniorpartner dastehen und die
Regierungsbank mit derjenigen der Opposition vertau-
schen müssen.

Quellen:

Bündnis 90/Die Grünen: Die Zukunft ist grün. Grund-
satzprogramm von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Ber-
lin, April 2002.

Europa grün gestalten. Europawahlprogramm 2004 von
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Hrsg.: Bündnis 90 / Die
Grünen, Berlin o. J.

Arbeitsmarktreformen weiter entwickeln! Beschluss,
23. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz von
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, 2./3. Oktober 2004,
Kiel.

Unser Land gerecht erneuern – Vorfahrt für Arbeit mit
Zukunft – Vorfahrt für Innovationen. Beschluss,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. 1. Ordentlicher Länder-
rat 2005, 09./10. April 2005, Arena »Auf Schalke«, Gel-
senkirchen.

Grüne für Steuerreformen: Verbesserungen im Steuer-
recht ja, aber keine Steuergeschenke! Beschluss,
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN. 1. Ordentlicher Län-
derrat 2005, 09./10. April 2005, Arena »Auf Schalke«,
Gelsenkirchen.

Stand: 12. Juni 2005